

Pressemitteilung

Frankfurt University of Applied Sciences

Dr. Nicola Veith

18.01.2024

<http://idw-online.de/de/news827117>

Wissenschaftspolitik
fachunabhängig
überregional



Stellungnahme: Senat und Präsidium der Frankfurt UAS positionieren sich zu den politischen Entwicklungen in Hessen

Gemeinsame Stellungnahme von Senat und Präsidium der Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS)

Für uns als eine der größten hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften bilden die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die freiheitliche Grundordnung den Rahmen unseres Handelns.

Wir sehen die Menschenrechte als für alle Menschen gültig und treten aktiv gegen jede Form von Diskriminierung und für soziale Gerechtigkeit ein.

Wir fordern und fördern als Hochschule eine kritische Auseinandersetzung in Lehre und Forschung sowie eine klare Positionierung gegen menschenverachtende, rechtspopulistische und in jeder Form radikale Äußerungen oder Einstellungen. Um unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, gibt es insbesondere in unseren Fachbereichen sowie im interdisziplinären wissenschaftlichen Zentrum „School of Personal Development and Education“ (ScoPE) vielfältige Veranstaltungen und Angebote, die den Demokratiediskurs unterstützen, den differenzierten Dialog ermöglichen und das reflektierte, kritische Denken fördern.

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir die aktuelle politische Entwicklung in Hessen mit großer Sorge. Wir sind beunruhigt über die im Zuge der Landtagswahl und die in der Zusammensetzung des sich am 18. Januar 2024 konstituierten hessischen Landtags ersichtliche hohe Zustimmung für eine Partei, die fundamentale freiheitliche Grundrechte ablehnt.

- Rechtsextremistische und menschenverachtende Positionen wie die Ablehnung von Inklusion oder die Bezeichnung von Geflüchteten, die Sozialleistungen beziehen, als „sozialen Bodensatz“ verunglimpfen die Würde von Menschen, erkennen Gleichheitsrechte ab und führen zu Ausgrenzung und Gewalt. Gleiches gilt in besonderem Maße für die Zusammenarbeit mit bekannten Rechtsextremisten z. B. beim Potsdamer Treffen im November 2023 mit dem Ziel, Millionen Menschen zu vertreiben.
- Die Ablehnung der Genderforschung empfinden wir als unwissenschaftlich und nicht zeitgemäß.
- Wir wenden uns gegen eine generelle Wissenschaftsfeindlichkeit, die im besten Fall naiv die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien z. B. zum Klimawandel leugnet oder relativiert.
- Dazu gehört auch die pauschale Ablehnung des Promotionsrechts an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW). Das Promotionsrecht an hessischen HAWs ist ein positiv evaluiertes Erfolgsmodell und Vorreiter und Vorbild für andere Bundesländer. Die Promotionen erfolgen erwiesenermaßen auf hohem wissenschaftlichem Niveau und zeigen praxisorientierte, interdisziplinäre und zukunftsorientierte Lösungen auf.

Wir sind der Überzeugung, dass derartige Positionen mit einer professionellen Haltung im Bildungsbereich nicht vereinbar sind.

Für uns als Bildungs- und Wissenschaftseinrichtung steht die Freiheit von Forschung und Lehre an vorderster Stelle.

Gemeinsam treten wir als Hochschule für gegenseitig wertschätzendes Denken und Handeln in der Gesellschaft ein.

Kontakt: Frankfurt University of Applied Sciences, Präsident Prof. Dr. Kai-Oliver Schocke, Telefon: +49 69 1533-2415,
E-Mail: praesident@fra-uas.de

URL zur Pressemitteilung: <http://www.frankfurt-university.de/scope>